

Kurz gemeldet

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2007)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Grünes Licht für Windpark Crêt-Meuron

Das Verwaltungsgericht des Kantons Neuenburg hat Ende April seinen Entscheid gegen den Bau eines Windparks auf den Neuenburger Jurahöhen korrigiert. Es folgte dabei der Argumentation des Bundesgerichts und wies die Einsprachen gegen die Errichtung des Windparks in der Nähe der Vue-des-Alpes zurück. Das Bundesgericht konstatierte, dass das Verwaltungsgericht bei seiner Erstbeurteilung die landschaftlichen Aspekte zu hoch gewichtet hatte, die Energiepolitik von Bund und Kanton Bern dagegen zu wenig. Das Bundesgericht anerkannte damit ein starkes öffentliches Interesse an der Windstromproduktion.

Weitere Informationen:

www.wind-energie.ch/docsetmedia-newsletter-d.htm

Weitere Förderung erneuerbarer Energien

Der Bundesrat soll einen Massnahmenkatalog zur Förderung der Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien ausarbeiten lassen, forderte Ende Mai die Umweltkommission des Nationalrats. Eine entsprechende Motion wurde mit 17 gegen 5 Stimmen angenommen. Aus Sicht der Kommission leisten die in der Märzsession verabschiedeten Gesetze bereits einen bedeutenden Beitrag in diese Richtung. Es brauche aber weitere Anreize, besonders mit Blick auf den Ersatz von Elektroheizungen und von Heizungen mit fossilen Brennstoffen.

Weitere Informationen:

www.energieschweiz.ch

Potenzial der Windkraft im Berner Jura

Gemäss einer Studie im Auftrag der Juvent SA – das Unternehmen betreibt im Berner Jura den grössten Windpark der Schweiz –, weist das Gebiet Mont Crosin bzw. Mont Soleil ein beachtliches Potenzial zur weiteren Nutzung der Windkraft aus. In Zusammenarbeit mit dem Bund, dem Kanton Bern und der Stiftung für Landschaftsschutz liess die Firma prüfen, inwieweit im Plangebiet des Berner Juras die Errichtung zusätzlicher Windturbinen mit den Interessen des Landschaftsschutzes vereinbar ist. Die Studienverfasser verwendeten eine neuartige Systematik: Sie bildeten anhand von spezifischen Geländemerkmale

so genannte Landschaftskammern, die alternierend für die Windenergie genutzt oder freigelassen werden. Die Nutzung innerhalb der ausgeschiedenen Kammern soll dabei nach optischen, an die Geländeform angelehnten Kriterien erfolgen. Resultat: Mit diesem Verfahren lässt sich für den Berner Jura ein theoretisches Potenzial von insgesamt 25 bis 30 Windturbinen mit maximaler Höhe von 140 bis 160 Metern ermitteln.

Weitere Informationen:

www.bkw-fmb.ch/de/unternehmen/medien/2007/april/Studie.print.html



Im Bild: Windpark Mont Crosin

ENERGIEEFFIZIENZ

PSI: 3500 Watt bis 2050

Mit dem Begriff «2000-Watt Gesellschaft» sei vorsichtiger umzugehen. Das liess das Paul Scherrer Institut (PSI) anlässlich seiner Jahreskonferenz im April verlauten. Eine Reduktion des Pro-Kopf-Verbrauchs von heute 5000 Watt (ohne graue Energie) auf 2000 Watt im Zeitraum bis 2050 sei bei normalen Investitionszyklen nicht erreichbar. Realistisch wären gemäss PSI 3500 Watt bis im Jahr 2050. Die würde mit einer CO₂-Reduktion um 40 Prozent gegenüber 1990 einhergehen. Dabei empfiehlt das PSI die Fokussierung auf eine CO₂-Reduktionsstrategie, deren Ziel bei 500 Watt aus fossilen Energiequellen liegt. In dieser Strategie würden Kernenergie und erneuerbare Energien gegenüber fossilen Energien gestärkt.

Weitere Informationen:

www.psi.ch/medien/medien_news.shtml

Ökologische Steuerreform als Ziel

Der Perspektivstab der Bundesverwaltung hat im April den Bericht «Herausforderungen 2007–2011: Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik» veröffentlicht. Um eine Reduktion von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen zu erreichen, steht für den Stab die Umsetzung einer ökologischen Steuerreform im Vordergrund. Ohne eine solche Steuerreform sei es nicht möglich, eine deutliche Reduktion sowohl des Energieverbrauchs als auch des CO₂-Ausstosses zu erreichen. Als Grundlage für die Weiterentwicklung der Energie- und Klimapolitik sollen das Programm EnergieSchweiz sowie das Instrumentarium des Energie- und CO₂-Gesetzes dienen.

Weitere Informationen:

www.bk.admin.ch/dokumentation/publikationen/00290/00930/index.html?lang=de

■ KERNENERGIE

Anhörung Sachplan Geologische Tiefenlager abgeschlossen

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Konzeptteil des Sachplans Geologische Tiefenlager sind rund 150 Stellungnahmen von Behörden aus der Schweiz, Österreich und Deutschland sowie von Kantonen und schweizerischen Organisationen eingegangen. Auch haben sich zahlreiche Einzelpersonen zu Wort gemeldet. Im Konzeptteil des Sachplans Geologische Tiefenlager sind die Sachziele des Bundes sowie die Regeln für das Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager festgelegt. Damit werden die umfassende Koordination aller raumwirksamen Auswirkungen von geologischen Tiefenlagern sowie der frühzeitige Einbezug der Kantone, Gemeinden und des benachbarten Auslandes gewährleistet. Die Stellungnahmen werden nun vom Bundesamt für Energie ausgewertet, bevor der Bundesrat den Konzeptteil genehmigt.

Weitere Informationen:

Michael Aebersold, Sektion Kernenergie BFE,
michael.aebersold@bfe.admin.ch

KKW Mühleberg: UVEK geht vor Bundesgericht

Die Befristung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg kann nur in einem Bewilligungsverfahren nach Kernenergiegesetz aufgehoben werden. Diese Auffassung vertritt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Deshalb zieht das UVEK das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts an das Bundesgericht weiter. Das Bundesverwaltungsgericht hatte am 8. März 2007 entschieden, dass das UVEK die Befristung der Betriebsbewilligung in einem Wiedererwägungsverfahren prüfen muss. Das Bundesgericht wird nun die offenen Verfahrensfragen klären.

Weitere Informationen:

Marianne Zünd,
Leiterin Kommunikation BFE,
marianne.zuend@bfe.admin.ch

■ INTERNATIONAL

IEA: Forderung nach Energiestandards

Am Ministertreffen im Mai haben sich die Mitgliedsländer der IEA dazu verpflichtet, die Krisenmechanismen in der Erdölversorgung an die Marktrealitäten anzupassen und zu verbessern. Auf Wunsch der Minister wird die IEA auch Ratschläge für Krisenmechanismen für Erdgas ausarbeiten. Die Minister begrüßten zudem die von der IEA ausgearbeiteten Empfehlungen zur Steigerung der Energieeffizienz. Diese schlägt die Einführung von Energiestandards unter anderem in den Bereichen Neubauten, Mobilität, Elektrogeräte vor. Weiter soll die Entwicklung und Einführung von neuen Technologien, einschliesslich der sauberen Kohleverbrennung und der Bildung sowie Speicherung von CO₂, beschleunigt werden.

Weitere Informationen:

www.iea.org

OECD: Umweltbericht zur Schweiz

Im Mai hat die OECD der Schweiz ihren Umweltbericht überreicht. Daraus geht hervor, dass die Schweiz unter den Industrieländern im Kampf gegen Luft- und Gewässerverschmutzung eine führende Rolle einnimmt. Für die Zukunft empfiehlt die OECD der Schweiz, mit einer erweiterten Umweltpolitik den Verbrauch an natürlichen Ressourcen zu senken und gleichzeitig den Wohlstand zu erhöhen. Diese Zielsetzung gelte für die Bereiche Forschung, Raumentwicklung, Entwicklungszusammenarbeit sowie Landwirtschafts- und Steuerpolitik. Zudem soll die Entwicklung innovativer Lösungen im Bereich schadstoffarmer Technologie und des sparsamen Umgangs mit natürlichen Ressourcen weiter gefördert werden.

Weitere Informationen:

www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8423.pdf

Regierung Blair: Bekenntnis zur Kernkraft

Die britische Regierung setzt weiterhin auf Atomstrom: Ende Mai hat sie neue Gesetzesvorschläge für eine Beschleunigung der planungs- und baurechtlichen Verfahren für den Bau neuer Kernkraftwerke vorgelegt. Als Begründung für diese Massnahmen führt die Regierung Blair den Klimaschutz ins Feld. Bei der Erzeugung von Atomstrom entstehe

vergleichsweise wenig Kohlendioxid. Deshalb würden Kernkraftwerke auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Zudem sei Atomstrom aus Gründen der Energiesicherheit nötig. Derzeit decken die 19 Kernkraftwerke rund 20 Prozent des britischen Strombedarfs ab.



Britische Regierung setzt auf Kernenergie

■ KERNKRAFT

Mengen schwach- und mittelaktiver Abfälle in der Schweiz

Geht man bei den bestehenden fünf Kernkraftwerken in der Schweiz von einer Betriebsdauer von 50 Jahren aus, fallen der- ein- für die geologische Tiefenlagerung rund 87 100 m³ endlagergerecht verpackte Abfälle an.

Dabei werden die hochaktiven Abfälle rund acht Prozent des Volumens beanspruchen, der Rest wird sich auf schwach- und mittelaktive Abfälle verteilen. Solche fallen im Betrieb und beim Abbruch der bestehenden Kernkraftwerke an, bei Arbeiten im Zwischenlager ZWILAG und bei der Wiederaufarbeitung. Die Experten bei der Nagra gehen zudem

davon aus, dass 24 Prozent der schwach- und mittelaktiven Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung anfallen werden.

Die Abfälle können wie folgt nach Herkunft unterteilt werden:

- 28 300 m³ Stilllegungsabfälle aus den Kernkraftwerken
- 25 900 m³ Betriebs- und Reaktorabfälle der Kernkraftwerke
- 11 000 m³ Stilllegungsabfälle Medizin, Industrie und Forschung
- 10 000 m³ Medizin, Industrie und Forschung

– 7 500 m³ hochaktive Abfälle, verbrauchte Brennelemente und Stahlflaschen mit hochaktivem Abfallglas aus der Wiederaufarbeitung

- 2 250 m³ Abfälle der Verpackungsanlage für hochaktive Abfälle BEVA
- 1 400 m³ Wiederaufbereitungsabfälle der Kernkraftwerke
- 800 m³ Betriebs- und Stilllegungsabfälle ZWILAG

Weitere Informationen:

www.nagra.ch



Im Bild: Das Zwischenlager für radioaktive Abfälle ZWILAG in Würenlingen

Abonnemente und Bestellungen

Sie können energiea gratis abonnieren:

Per E-Mail: contact@bfe.admin.ch, per Post oder Fax

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____ Anzahl Exemplare: _____

Nachbestellungen energiea Ausgabe Nr.: _____ Anzahl Exemplare: _____

Den ausgefüllten Bestelltalon senden/faxen an:

Bundesamt für Energie BFE

Sektion Kommunikation, 3003 Bern, Fax: 031 323 25 10